

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes über die Anpassung von Dienst- und Versorgungsbezügen in Bund und Ländern 1985 **(Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetz 1985 — BBVAnpG 85)**

A. Zielsetzung

Anpassung der Bezüge der Beamten, Richter und Soldaten sowie der Versorgungsempfänger des Bundes, der Länder und Gemeinden entsprechend der Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse (§ 14 BBesG/§ 70 BeamtVG).

B. Lösung

Zum 1. Januar 1985 werden die Bezüge linear um 3,2 v. H. angehoben. Ferner wird eine einmalige Zahlung bis zum Betrag von 240 DM gewährt.

C. Alternativen

keine

D. Kosten

Für den Bereich des Bundes (ohne Bundesbahn und Bundespost) werden für das Haushaltsjahr 1985 Mehrkosten von rund 821 Millionen DM (davon Einmalzahlung 133 Mio. DM) entstehen. Neben der Deutschen Bundesbahn und der Deutschen Bundespost werden auch die Länder und Gemeinden mit Mehrkosten belastet werden.

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
14 (13) — 225 00 — Bu 169/84

Bonn, den 7. Dezember 1984

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen Entwurf eines Gesetzes über die Anpassung von Dienst- und Versorgungsbezügen in Bund und Ländern 1985 (Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetz 1985 — BBVAnpG 85) mit Begründung, Vorblatt und Anlagen. Ich bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Federführend ist der Bundesminister des Innern.

Der Bundesrat hat in seiner 544. Sitzung am 7. Dezember 1984 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine Einwendungen zu erheben.

Kohl

Entwurf eines Gesetzes über die Anpassung von Dienst- und Versorgungsbezügen in Bund und Ländern 1985

(Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetz 1985 — BBVAnpG 85)

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates folgendes Gesetz beschlossen:

ABSCHNITT I

Anpassung von Dienst- und Versorgungsbezügen in Bund und Ländern

§ 1

An die Stelle der Anlagen IV bis IX des Bundesbesoldungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. November 1980 (BGBl. I S. 2081), das zuletzt durch Gesetz vom ... (BGBl. I S. ...) geändert wurde, treten die Anlagen 1 bis 6 dieses Gesetzes.

§ 2

(1) Um 3,2 vom Hundert werden erhöht

1. Grundgehaltssätze (Gehaltssätze)

- a) in den fortgeltenden Besoldungsordnungen und Besoldungsgruppen der Hochschullehrer,
- b) in Zwischenbesoldungsgruppen der Besoldungsordnungen der Länder,

2. a) Zuschüsse zum Grundgehalt nach Anlage II (Bundesbesoldungsordnung C) Vorbemerkung Nummern 1 und 2, die in festen Beträgen festgesetzt sind,

- b) Höchstbeträge für Sondergrundgehälter und Zuschüsse zum Grundgehalt sowie festgesetzte Sondergrundgehälter und Zuschüsse nach fortgeltenden Besoldungsordnungen der Hochschullehrer,

3. Amtszulagen in Landesbesoldungsordnungen, Überleitungsvorschriften oder Regelungen über künftig wegfallende Ämter.

(2) Soweit in landesrechtlichen Vorschriften, die nach Maßgabe des Artikels IX des Zweiten Gesetzes zur Vereinheitlichung und Neuordnung des Besoldungsrechts in Bund und Ländern fortgelten, besondere Grundgehaltssätze (Gehaltssätze, einheitliche Gehaltssätze für die Wahrnehmung mehrerer Ämter) festgelegt sind, werden diese um den in Absatz 1 genannten Vomhundertsatz erhöht. Dies gilt auch für die Regelungen über Rahmensätze, Höchstbeträge und Mittelbeträge oder entsprechende Begrenzungen sowie für die auf Grund dieser Regelungen festgesetzten Grundgehaltssätze (Gehaltssätze).

(3) Festgehälter, Zuschüsse zum Grundgehalt und Amtszulagen werden mit auf volle Pfennige aufgerundeten Beträgen festgesetzt. Die Grundgehaltssätze (Gehaltssätze) in den Besoldungsgruppen für Hochschullehrer, in Zwischenbesoldungsgruppen und anderen Besoldungsgruppen mit aufsteigenden Gehältern werden in der Weise festgesetzt, daß das

Endgrundgehalt auf volle Pfennigbeträge aufgerundet wird und die übrigen Grundgehaltssätze durch den Abzug eines einheitlichen Unterschiedsbetrages zwischen den Dienstaltersstufen ermittelt werden, der um den in Absatz 1 genannten Vomhundertsatz erhöht und auf volle Pfennigbeträge abgerundet worden ist. Soweit für Zwischenbesoldungsgruppen mehrere der Höhe nach unterschiedliche Unterschiedsbeträge zwischen den Dienstaltersstufen bestehen, ist entsprechend zu verfahren.

§ 3

(1) Bei Versorgungsempfängern, deren Versorgungsbezügen ein Grundgehalt der Besoldungsordnungen des Bundesbesoldungsgesetzes zugrunde liegt, treten an die Stelle der Sätze der Grundgehälter in der Anlage 1 des Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetzes 1983 vom 20. Dezember 1982 (BGBl. I S. 1857, 1870) die Sätze in der Anlage 1 dieses Gesetzes.

(2) Bei Versorgungsempfängern, deren Versorgungsbezügen ein Grundgehalt (Gehalt) im Sinne des § 2 Abs. 1 Nr. 1 und 2, Abs. 2 zugrunde liegt, treten an die Stelle der bisherigen Grundgehaltssätze (Gehaltssätze) die nach § 2 erhöhten Sätze.

(3) Bei Versorgungsempfängern, deren Versorgungsbezügen ein Grundgehalt (Gehalt) nach einer früheren Besoldungsregelung zugrunde liegt, werden die Grundgehaltssätze (Gehaltssätze) sowie die ruhegehaltfähigen Zulagen im Gesetz über die Amtsbezüge der Richter und Staatsanwälte des Landes Hessen vom 4. März 1970 (Gesetz- und Verordnungsblatt I S. 201) in der Fassung des Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetzes 1983 um den in § 2 Abs. 1 genannten Vomhundertsatz erhöht. An die Stelle der Sätze des Ortszuschlages in der Anlage 2 des in Satz 1 genannten Gesetzes treten die Sätze der Anlage 2 dieses Gesetzes.

(4) Bei Versorgungsempfängern, deren Versorgungsbezügen eine Grundvergütung sowie ein Ortszuschlag nach dem Bundesbesoldungsgesetz zugrunde liegen, wird die Grundvergütung um den in § 2 Abs. 1 genannten Vomhundertsatz erhöht.

(5) Bei Versorgungsempfängern, deren Versorgungsbezügen Amtszulagen nach dem Bundesbesoldungsgesetz zugrunde liegen, treten an die Stelle der Sätze der Amtszulagen die Sätze in der Anlage IX des Bundesbesoldungsgesetzes in der Fassung der Anlage 6 dieses Gesetzes. Soweit den Versorgungsbezügen Amtszulagen zugrunde liegen, die nicht in dieser Anlage aufgeführt sind, werden diese um 3,2 vom Hundert erhöht.

(6) Versorgungsbezüge, deren Berechnung ein Ortszuschlag nach dem Bundesbesoldungsgesetz nicht zugrunde liegt, und Versorgungsbezüge, die in festen Beträgen festgesetzt sind, werden um 3,1 vom Hundert erhöht.

ABSCHNITT II

Einmalige Zahlung**§ 4**

(1) Eine einmalige Zahlung nach § 5 erhalten die am 1. Januar 1985 vorhandenen Empfänger von Dienstbezügen oder Anwärterbezügen (§ 1 des Bundesbesoldungsgesetzes), die für die Monate September bis Dezember 1984 Bezüge aus einem hauptberuflichen Dienst- oder Arbeitsverhältnis oder einem Ausbildungsverhältnis bei einem öffentlich-rechtlichen Dienstherrn (§ 29 Abs. 1 des Bundesbesoldungsgesetzes) erhalten haben.

(2) Absatz 1 gilt für Empfänger von Amtsbezügen oder Amtsgehalt entsprechend.

§ 5

(1) Die einmalige Zahlung beträgt für Empfänger von Dienst- oder Amtsbezügen oder Amtsgehalt 240 Deutsche Mark, für Anwärter 85 Deutsche Mark.

(2) Teilzeitbeschäftigte Empfänger von Dienst- oder Amtsbezügen oder Amtsgehalt erhalten den Teil der einmaligen Zahlung, der dem Verhältnis der ermäßigten zur regelmäßigen Arbeitszeit entspricht.

(3) Beamte, die durch das Amt nicht voll in Anspruch genommen sind, erhalten die einmalige Zahlung zu dem Teil, der dem Maß der Inanspruchnahme durch das Amt entspricht.

(4) Beurlaubte Empfänger von Dienst- oder Amtsbezügen oder Amtsgehalt erhalten die einmalige Zahlung zu dem Teil, der dem Verhältnis der während der Beurlaubung gewährten Bezüge zu den vollen Bezügen entspricht.

(5) Gehört der dienstliche Wohnsitz eines Berechtigten zu einem anderen Währungsgebiet als dem der Deutschen Mark, so finden §§ 7, 54 des Bundesbesoldungsgesetzes entsprechende Anwendung.

(6) Maßgebend für die Fälle der Absätze 1 bis 5 sind die Verhältnisse am 1. September 1984.

§ 6

(1) Eine einmalige Zahlung erhalten die am 1. Januar 1985 vorhandenen

1. Empfänger von laufenden Versorgungsbezügen (§ 3 Abs. 1 bis 5) in Höhe des Betrages, der sich nach dem jeweils maßgeblichen Ruhegehaltsatz und den Anteilssätzen des Witwen- und Waisengeldes sowie des Unterhaltsbeitrages aus dem Betrag von 240 Deutsche Mark ergibt,

2. Empfänger von laufenden Versorgungsbezügen im Sinne des § 3 Abs. 6 in Höhe von 144 Deutsche Mark, Witwen und versorgungsberechtigte geschiedene Ehefrauen in Höhe von 86,40 Deutsche Mark, Empfänger von Vollwaisengeld in Höhe von 28,80 Deutsche Mark und Empfänger von Halbwaisengeld in Höhe von 17,28 Deutsche Mark,

wenn sie oder der Verstorbene, aus dessen Dienst- oder Versorgungsverhältnis sich der Anspruch auf Hinterbliebenenversorgung herleitet, für die Monate September bis Dezember 1984 Dienstbezüge oder laufende Versorgungsbezüge erhalten haben.

(2) Absatz 1 Nr. 1 gilt entsprechend für Empfänger von laufenden Versorgungsbezügen, deren Berechnung Amtsbezüge oder Amtsgehalt zugrunde liegen. Empfänger von Ausgleichsbezügen nach § 11 a Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 des Soldatenversorgungsgesetzes erhalten die einmalige Zahlung nach § 5 dieses Gesetzes.

§ 7

(1) Die einmalige Zahlung wird für jeden Berechtigten nur einmal gewährt.

(2) Bei mehreren Dienstverhältnissen gilt § 5 des Bundesbesoldungsgesetzes entsprechend. Der Anspruch aus einem Dienstverhältnis geht dem Anspruch aus dem Rechtsverhältnis als Versorgungsempfänger vor.

(3) Der Anspruch aus einem späteren Rechtsverhältnis als Versorgungsempfänger geht dem Anspruch aus einem früheren Rechtsverhältnis als Versorgungsempfänger vor.

(4) Ruhens- und Anrechnungsvorschriften sowie Vorschriften über die anteilige Kürzung finden keine Anwendung.

(5) Im Sinne der Absätze 1 bis 4 stehen der einmaligen Zahlung entsprechende Leistungen aus einem anderen Rechtsverhältnis im öffentlichen Dienst (§ 40 Abs. 7 des Bundesbesoldungsgesetzes, § 53 Abs. 5 des Beamtenversorgungsgesetzes oder entsprechende Vorschriften) der einmaligen Zahlung nach diesen Vorschriften gleich, auch wenn die Regelungen im einzelnen nicht übereinstimmen.

(6) Ist nach Anwendung der Absätze 1 bis 5 einem Anspruchsberechtigten aus dem vorgehenden Rechtsverhältnis ein geringerer Betrag zu zahlen, als ihm aus einem nachrangigen Rechtsverhältnis zustehen würde, ist ihm der Unterschied aus dem anderen Rechtsverhältnis zu zahlen.

(7) Die einmalige Zahlung bleibt bei sonstigen Besoldungs- und Versorgungsleistungen unberücksichtigt.

ABSCHNITT III

Schlußvorschriften**§ 8****Berlin-Klausel**

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes auch im Land Berlin.

§ 9**Inkrafttreten**

Dieses Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1985 in Kraft.

Anlage 1
 (Anlage IV des BBesG)

Grundgehaltssätze
 (Monatsbeträge in DM)

1. Bundesbesoldungsordnung A

Besoldungs- gruppe	Ortszu- schlag Tarifklasse	Dienstaltersstufe					
		1	2	3	4	5	6
A 1	II	1 011,76	1 045,24	1 078,72	1 112,20	1 145,68	1 179,16
A 2		1 071,68	1 105,16	1 138,64	1 172,12	1 205,60	1 239,08
A 3		1 148,09	1 183,46	1 218,83	1 254,20	1 289,57	1 324,94
A 4		1 191,56	1 232,48	1 273,40	1 314,32	1 355,24	1 396,16
A 5		1 233,42	1 280,07	1 326,72	1 373,37	1 420,02	1 466,67
A 6		1 306,09	1 354,44	1 402,79	1 451,14	1 499,49	1 547,84
A 7		1 411,20	1 459,55	1 507,90	1 556,25	1 604,60	1 652,95
A 8		1 477,82	1 537,43	1 597,04	1 656,65	1 716,26	1 776,40
A 9	I c	1 651,17	1 712,67	1 776,75	1 841,34	1 907,13	1 978,82
A 10		1 808,02	1 897,09	1 986,16	2 075,23	2 164,30	2 253,37
A 11		2 106,62	2 197,87	2 289,12	2 380,37	2 471,62	2 562,87
A 12		2 294,34	2 403,15	2 511,96	2 620,77	2 729,58	2 838,39
A 13	I b	2 599,63	2 717,11	2 834,59	2 952,07	3 069,55	3 187,03
A 14		2 675,99	2 828,31	2 980,63	3 132,95	3 285,27	3 437,59
A 15		3 017,25	3 184,71	3 352,17	3 519,63	3 687,09	3 854,55
A 16		3 353,36	3 547,05	3 740,74	3 934,43	4 128,12	4 321,81

2. Bundesbesoldungsordnung B

Besoldungs- gruppe	Ortszuschlag Tarifklasse	
B 1	I b	5 361,69
B 2		6 359,02
B 3	I a	6 652,99
B 4		7 095,18
B 5		7 602,51
B 6		8 081,59
B 7		8 547,60
B 8		9 033,35
B 9		9 636,47
B 10		11 509,29
B 11		12 565,51

Dienstaltersstufe								
7	8	9	10	11	12	13	14	15
1 212,64	1 246,12	1 279,60						
1 272,56	1 306,04	1 339,52	1 373,00					
1 360,31	1 395,68	1 431,05	1 466,42					
1 437,08	1 478,00	1 518,92	1 559,84					
1 513,32	1 559,97	1 606,62	1 653,27					
1 596,19	1 644,54	1 692,89	1 741,24	1 790,77				
1 701,30	1 749,65	1 799,66	1 850,44	1 901,22	1 953,88	2 010,26		
1 838,99	1 901,58	1 967,41	2 036,90	2 106,39	2 175,88	2 245,37		
2 050,51	2 122,20	2 193,89	2 265,58	2 337,27	2 408,96	2 480,65		
2 342,44	2 431,51	2 520,58	2 609,65	2 698,72	2 787,79	2 876,86		
2 654,12	2 745,37	2 836,62	2 927,87	3 019,12	3 110,37	3 201,62	3 292,87	
2 947,20	3 056,01	3 164,82	3 273,63	3 382,44	3 491,25	3 600,06	3 708,87	
3 304,51	3 421,99	3 539,47	3 656,95	3 774,43	3 891,91	4 009,39	4 126,87	
3 589,91	3 742,23	3 894,55	4 046,87	4 199,19	4 351,51	4 503,83	4 656,15	
4 022,01	4 189,47	4 356,93	4 524,39	4 691,85	4 859,31	5 026,77	5 194,23	5 361,69
4 515,50	4 709,19	4 902,88	5 096,57	5 290,26	5 483,95	5 677,64	5 871,33	6 065,02

3. Bundesbesoldungsordnung C

Besoldungs- gruppe	Ortszu- schlag Tarifklasse						
C 1	I b	Stufe 1 3 200,64				Stufe 2 3 318,17	
		Dienstaltersstufe					
		1	2	3	4	5	6
C 2	I b	2 606,85	2 794,05	2 981,25	3 168,45	3 355,65	3 542,85
C 3		2 946,11	3 158,06	3 370,01	3 581,96	3 793,91	4 005,86
C 4	I a	3 815,52	4 028,58	4 241,64	4 454,70	4 667,76	4 880,82

4. Bundesbesoldungsordnung R

Besoldungs- gruppe	Ortszu- schlag Tarifklasse	Stufe					
		1	2	3	4	5	6
		Lebensalter					
		31	33	35	37	39	41
R 1	I b	3 368,30	3 607,55	3 846,80	4 086,05	4 325,30	4 564,55
R 2		3 940,92	4 180,17	4 419,42	4 658,67	4 897,92	5 137,17

R 3	I a	6 652,99
R 4		7 095,18
R 5		7 602,51
R 6		8 081,59
R 7		8 547,60
R 8		9 033,35
R 9		9 636,47
R 10		12 043,19

Stufe 3 3 435,67								
Dienstaltersstufe								
7	8	9	10	11	12	13	14	15
3 730,05	3 917,25	4 104,45	4 291,65	4 478,85	4 666,05	4 853,25	5 040,45	5 227,65
4 217,81	4 429,76	4 641,71	4 853,66	5 065,61	5 277,56	5 489,51	5 701,46	5 913,41
5 093,88	5 306,94	5 520,00	5 733,06	5 946,12	6 159,18	6 372,24	6 585,30	6 798,36

7	8	9	10
43	45	47	49
4 803,80	5 043,05	5 282,30	5 521,55
5 376,42	5 615,67	5 854,92	6 094,17

Anlage 2

(Anlage V des BBesG)

Ortszuschlag
(Monatsbeträge in DM)

Tarif- klasse	Zu der Tarifklasse gehörende Besoldungsgruppen	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3 1 Kind	Stufe 4 2 Kinder	Stufe 5 3 Kinder	Stufe 6 4 Kinder	Stufe 7 5 Kinder	Stufe 8 6 Kinder
I a	B 3 bis B 11 C 4 R 3 bis R 10	819,69	950,45	1 062,33	1 169,23	1 218,85	1 312,87	1 406,88	1 523,99
I b	B 1 und B 2 A 13 bis A 16 C 1 bis C 3 R 1 und R 2	691,48	822,24	934,12	1 041,02	1 090,64	1 184,66	1 278,67	1 395,78
I c	A 9 bis A 12	614,54	745,30	857,18	964,08	1 013,70	1 107,72	1 201,73	1 318,84
II	A 1 bis A 8	578,91	703,43	815,31	922,21	971,83	1 065,85	1 159,86	1 276,97

Bei mehr als sechs Kindern erhöht sich der Ortszuschlag für jedes weitere zu berücksichtigende Kind um 117,11 DM.

Ortszuschlag nach § 39 Abs. 2: Tarifklasse I c 491,63 DM

Tarifklasse II 463,13 DM

Anlage 3

(Anlage VIa des BBesG)

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 2)
(Monatsbeträge in DM)

Besoldungsgruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 4	889	1 068	1 247	1 426	1 605	1 784	1 963	2 142	2 321	2 500	2 679	2 858
A 5 bis A 6	1 015	1 204	1 393	1 582	1 771	1 960	2 149	2 338	2 527	2 716	2 905	3 094
A 7 bis A 8	1 148	1 357	1 566	1 775	1 984	2 193	2 402	2 611	2 820	3 029	3 238	3 447
A 9	1 355	1 580	1 805	2 030	2 255	2 480	2 705	2 930	3 155	3 380	3 605	3 830
A 10	1 535	1 769	2 003	2 237	2 471	2 705	2 939	3 173	3 407	3 641	3 875	4 109
A 11	1 687	1 935	2 183	2 431	2 679	2 927	3 175	3 423	3 671	3 919	4 167	4 415
A 12	1 876	2 137	2 398	2 659	2 920	3 181	3 442	3 703	3 964	4 225	4 486	4 747
A 13	2 063	2 336	2 609	2 882	3 155	3 428	3 701	3 974	4 247	4 520	4 793	5 066
A 14	2 253	2 535	2 817	3 099	3 381	3 663	3 945	4 227	4 509	4 791	5 073	5 355
A 15	2 518	2 823	3 128	3 433	3 738	4 043	4 348	4 653	4 958	5 263	5 568	5 873
A 16 bis B 2	2 701	3 026	3 351	3 676	4 001	4 326	4 651	4 976	5 301	5 626	5 951	6 276
B 3 bis B 4	2 726	3 072	3 418	3 764	4 110	4 456	4 802	5 148	5 494	5 840	6 186	6 532
B 5 bis B 7	3 024	3 407	3 790	4 173	4 556	4 939	5 322	5 705	6 088	6 471	6 854	7 237
B 8 und höher	3 289	3 726	4 163	4 600	5 037	5 474	5 911	6 348	6 785	7 222	7 659	8 096

Anlage 3 b

(Anlage VIb des BBesG)

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 3)

(Monatsbeträge in DM)

Besoldungsgruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 4	756	908	1 060	1 212	1 364	1 516	1 668	1 820	1 972	2 124	2 276	2 428
A 5 bis A 6	863	1 024	1 185	1 346	1 507	1 668	1 829	1 990	2 151	2 312	2 473	2 634
A 7 bis A 8	976	1 154	1 332	1 510	1 688	1 866	2 044	2 222	2 400	2 578	2 756	2 934
A 9	1 152	1 343	1 534	1 725	1 916	2 107	2 298	2 489	2 680	2 871	3 062	3 253
A 10	1 305	1 504	1 703	1 902	2 101	2 300	2 499	2 698	2 897	3 096	3 295	3 494
A 11	1 434	1 645	1 856	2 067	2 278	2 489	2 700	2 911	3 122	3 333	3 544	3 755
A 12	1 595	1 817	2 039	2 261	2 483	2 705	2 927	3 149	3 371	3 593	3 815	4 037
A 13	1 754	1 986	2 218	2 450	2 682	2 914	3 146	3 378	3 610	3 842	4 074	4 306
A 14	1 915	2 155	2 395	2 635	2 875	3 115	3 355	3 595	3 835	4 075	4 315	4 555
A 15	2 140	2 399	2 658	2 917	3 176	3 435	3 694	3 953	4 212	4 471	4 730	4 989
A 16 bis B 2	2 296	2 572	2 848	3 124	3 400	3 676	3 952	4 228	4 504	4 780	5 056	5 332
B 3 bis B 4	2 317	2 611	2 905	3 199	3 493	3 787	4 081	4 375	4 669	4 963	5 257	5 551
B 5 bis B 7	2 570	2 896	3 222	3 548	3 874	4 200	4 526	4 852	5 178	5 504	5 830	6 156
B 8 und höher	2 796	3 167	3 538	3 909	4 280	4 651	5 022	5 393	5 764	6 135	6 506	6 877

Anlage 3 c

(Anlage VIc des BBesG)

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 4)

(Monatsbeträge in DM)

Besoldungsgruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 4	622	747	872	997	1 122	1 247	1 372	1 497	1 622	1 747	1 872	1 997
A 5 bis A 6	711	843	975	1 107	1 239	1 371	1 503	1 635	1 767	1 899	2 031	2 163
A 7 bis A 8	804	950	1 096	1 242	1 388	1 534	1 680	1 826	1 972	2 118	2 264	2 410
A 9	949	1 106	1 263	1 420	1 577	1 734	1 891	2 048	2 205	2 362	2 519	2 676
A 10	1 075	1 239	1 403	1 567	1 731	1 895	2 059	2 223	2 387	2 551	2 715	2 879
A 11	1 181	1 355	1 529	1 703	1 877	2 051	2 225	2 399	2 573	2 747	2 921	3 095
A 12	1 313	1 496	1 679	1 862	2 045	2 228	2 411	2 594	2 777	2 960	3 143	3 326
A 13	1 444	1 635	1 826	2 017	2 208	2 399	2 590	2 781	2 972	3 163	3 354	3 545
A 14	1 577	1 774	1 971	2 168	2 365	2 562	2 759	2 956	3 153	3 350	3 547	3 744
A 15	1 763	1 976	2 189	2 402	2 615	2 828	3 041	3 254	3 467	3 680	3 893	4 106
A 16 bis B 2	1 891	2 118	2 345	2 572	2 799	3 026	3 253	3 480	3 707	3 934	4 161	4 388
B 3 bis B 4	1 908	2 150	2 392	2 634	2 876	3 118	3 360	3 602	3 844	4 086	4 328	4 570
B 5 bis B 7	2 117	2 385	2 653	2 921	3 189	3 457	3 725	3 993	4 261	4 529	4 797	5 065
B 8 und höher	2 302	2 608	2 914	3 220	3 526	3 832	4 138	4 444	4 750	5 056	5 362	5 668

Anlage 3 d

(Anlage VI d des BBesG)

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 4)

– Gemeinschaftsunterkunft und Gemeinschaftsverpflegung –
(Monatsbeträge in DM)

Besoldungsgruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 4	435	523	611	699	787	875	963	1 051	1 139	1 227	1 315	1 403
A 5 bis A 6	498	590	682	774	866	958	1 050	1 142	1 234	1 326	1 418	1 510
A 7 bis A 8	563	665	767	869	971	1 073	1 175	1 277	1 379	1 481	1 583	1 685
A 9	664	774	884	994	1 104	1 214	1 324	1 434	1 544	1 654	1 764	1 874
A 10	753	868	983	1 098	1 213	1 328	1 443	1 558	1 673	1 788	1 903	2 018
A 11	827	949	1 071	1 193	1 315	1 437	1 559	1 681	1 803	1 925	2 047	2 169
A 12	919	1 047	1 175	1 303	1 431	1 559	1 687	1 815	1 943	2 071	2 199	2 327
A 13	1 011	1 145	1 279	1 413	1 547	1 681	1 815	1 949	2 083	2 217	2 351	2 485
A 14	1 104	1 242	1 380	1 518	1 656	1 794	1 932	2 070	2 208	2 346	2 484	2 622
A 15	1 234	1 383	1 532	1 681	1 830	1 979	2 128	2 277	2 426	2 575	2 724	2 873
A 16 bis B 2	1 324	1 483	1 642	1 801	1 960	2 119	2 278	2 437	2 596	2 755	2 914	3 073
B 3 bis B 4	1 336	1 505	1 674	1 843	2 012	2 181	2 350	2 519	2 688	2 857	3 026	3 195
B 5 bis B 7	1 482	1 670	1 858	2 046	2 234	2 422	2 610	2 798	2 986	3 174	3 362	3 550
B 8 und höher .	1 611	1 825	2 039	2 253	2 467	2 681	2 895	3 109	3 323	3 537	3 751	3 965

Anlage 3 e

(Anlage VI e des BBesG)

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 4)

– Gemeinschaftsunterkunft oder Gemeinschaftsverpflegung –
(Monatsbeträge in DM)

Besoldungsgruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 4	529	635	741	847	953	1 059	1 165	1 271	1 377	1 483	1 589	1 695
A 5 bis A 6	604	716	828	940	1 052	1 164	1 276	1 388	1 500	1 612	1 724	1 836
A 7 bis A 8	683	807	931	1 055	1 179	1 303	1 427	1 551	1 675	1 799	1 923	2 047
A 9	807	940	1 073	1 206	1 339	1 472	1 605	1 738	1 871	2 004	2 137	2 270
A 10	914	1 053	1 192	1 331	1 470	1 609	1 748	1 887	2 026	2 165	2 304	2 443
A 11	1 004	1 152	1 300	1 448	1 596	1 744	1 892	2 040	2 188	2 336	2 484	2 632
A 12	1 116	1 272	1 428	1 584	1 740	1 896	2 052	2 208	2 364	2 520	2 676	2 832
A 13	1 227	1 389	1 551	1 713	1 875	2 037	2 199	2 361	2 523	2 685	2 847	3 009
A 14	1 340	1 507	1 674	1 841	2 008	2 175	2 342	2 509	2 676	2 843	3 010	3 177
A 15	1 499	1 680	1 861	2 042	2 223	2 404	2 585	2 766	2 947	3 128	3 309	3 490
A 16 bis B 2	1 607	1 800	1 993	2 186	2 379	2 572	2 765	2 958	3 151	3 344	3 537	3 730
B 3 bis B 4	1 622	1 828	2 034	2 240	2 446	2 652	2 858	3 064	3 270	3 476	3 682	3 888
B 5 bis B 7	1 799	2 027	2 255	2 483	2 711	2 939	3 167	3 395	3 623	3 851	4 079	4 307
B 8 und höher .	1 957	2 217	2 477	2 737	2 997	3 257	3 517	3 777	4 037	4 297	4 557	4 817

Anlage 3 f
(Anlage VI f des BBesG)

Auslandskinderzuschlag (§ 56)

(Monatsbeträge in DM je Kind)

nach § 56 Abs. 1 Nr. 1													nach § 56 Abs. 1 Nr. 2
Besoldungsgruppe	Stufe des Auslandszuschlages												
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	
A 1 bis A 16 B 1 bis B 11	169	194	219	244	269	294	319	344	369	394	419	444	169

Dieser Betrag erhöht sich um Beträge in Höhe des Kindergeldes, das nach dem Bundeskindergeldgesetz zustehen würde.

Anlage 4

(Anlage VII des BBesG)

**Zulage für die Beamten in der Ständigen
Vertretung der Bundesrepublik Deutschland
bei der Deutschen Demokratischen Republik**

(Monatsbeträge in DM)

Besoldungsgruppe	Stufe 1 (verheiratete Beamte mit gemeinsamem Wohnsitz im Amtsbereich der Ständigen Vertretung)	Stufe 2 (sonstige Beamte)
A 1 bis A 4	1 136	1 002
A 5 bis A 6	1 270	1 091
A 7 bis A 8	1 425	1 234
A 9	1 638	1 381
A 10	1 819	1 531
A 11	1 978	1 649
A 12	2 174	1 787
A 13	2 362	1 948
A 14	2 547	2 110
A 15	2 825	2 313
A 16	3 024	2 433
B 3	3 082	2 433
B 6	3 407	2 610
B 9 und höher	3 741	2 784

Zur Stufe 2 gehören auch verheiratete Beamte, die mit ihrem Ehegatten keinen gemeinsamen Wohnsitz im Amtsbereich der Ständigen Vertretung haben oder deren Ehegatte ebenfalls einen Anspruch nach § 45 oder entsprechenden für Arbeitnehmer geltenden Regelungen hat.

Die Zulage erhöht sich für jedes Kind um 50 Deutsche Mark, für das dem Beamten Kindergeld nach dem

Bundeskindergeldgesetz zusteht oder ohne Berücksichtigung des § 3 oder § 8 des Bundeskindergeldgesetzes zustehen würde und das sich nicht nur vorübergehend im Haushalt des Beamten aufhält. Der Erhöhungsbetrag wird für jedes Kind nur einmal gezahlt.

Anlage 5

(Anlage VIII des BBesG)

**Anwärtergrundbetrag
Anwärterverheiratenzuschlag**

(Monatsbeträge in DM)

1. Für Anwärter, die vor dem 1. Januar 1982 eingestellt worden sind:

Eingangsamtsamt, in das der Anwärter nach Abschluß des Vorbereitungsdienstes unmittelbar eintritt	Grundbetrag		Verheiratenzuschlag	
	vor Vollendung des 26. Lebensjahres	nach Vollendung des 26. Lebensjahres	nach § 62 Abs. 1	nach § 62 Abs. 2
A 1 bis A 4	870	976	276	92
A 5 bis A 8	1 042	1 190	319	92
A 9 bis A 11	1 229	1 401	368	92
A 12	1 572	1 771	404	92
A 13	1 630	1 831	412	92
A 13 + Zulage (Nummer 27 Abs. 1 Buchstabe d der Vorbemerkungen zu den Bundesbesoldungsordnungen A und B) oder R 1	1 688	1 895	417	92

2. Für Anwärter, die nach dem 31. Dezember 1981 und vor dem 1. Januar 1984 eingestellt worden sind:

Eingangssamt, in das der Anwärter nach Abschluß des Vorbereitungsdienstes unmittelbar eintritt	Grundbetrag		Verheiratetenzuschlag	
	vor Vollendung des 26. Lebensjahres	nach Vollendung des 26. Lebensjahres	nach § 62 Abs. 1	nach § 62 Abs. 2
A 1 bis A 4	819	923	263	88
A 5 bis A 8	982	1 121	302	88
A 9 bis A 11	1 092	1 254	351	88
A 12	1 331	1 513	370	88
A 13	1 380	1 569	384	88
A 13 + Zulage (Nummer 27 Abs. 1 Buchstabe d der Vorbemerkungen zu den Bundesbesoldungsordnungen A und B) oder R 1	1 427	1 624	396	88

3. Für Anwärter, die nach dem 31. Dezember 1983 eingestellt worden sind:

Eingangssamt, in das der Anwärter nach Abschluß des Vorbereitungsdienstes unmittelbar eintritt	Grundbetrag		Verheiratetenzuschlag	
	vor Vollendung des 26. Lebensjahres	nach Vollendung des 26. Lebensjahres	nach § 62 Abs. 1	nach § 62 Abs. 2
A 1 bis A 4	819	923	263	88
A 5 bis A 8	982	1 121	302	88
A 9 bis A 11	1 055	1 212	351	88
A 12	1 243	1 412	370	88
A 13	1 287	1 463	384	88
A 13 + Zulage (Nummer 27 Abs. 1 Buchstabe d der Vorbemerkungen zu den Bundesbesoldungsordnungen A und B) oder R 1	1 331	1 516	396	88

Anlage 6
(Anlage IX des BBesG)

Amtszulagen, Stellenzulagen, Zulagen, Vergütungen

(Monatsbeträge)

— in der Reihenfolge der Gesetzesstellen —

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Deutscher Mark, Vomhundert, Bruchteil	Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Deutscher Mark, Vomhundert, Bruchteil
Bundesbesoldungsgesetz			
§ 44	bis zu 150,00	für Anwärter der Laufbahn- gruppe	
§ 48 Abs. 2	bis zu 100,00	des mittleren Dienstes	150,00
§ 50 a	90,00	des gehobenen Dienstes	200,00
§ 78	bis zu 150,00	des höheren Dienstes	250,00
Bundesbesoldungsordnungen A und B		Nummer 8 a	
Vorbemerkungen		Die Zulage beträgt für die Beamten und Soldaten der Besoldungs- gruppen	
Nummer 2 Abs. 2	250,00	A 1 bis A 5	110,00
Nummer 4	50,00	A 6 bis A 9	150,00
Nummer 5 Abs. 1 Buchstabe a	bis zu 80,00	A 10 bis A 13	185,00
Buchstabe b	bis zu 50,00	A 14 und höher	220,00
Nummer 6 Abs. 1 Buchstabe a	450,00	für Anwärter der Laufbahn- gruppe	
Buchstabe b	360,00	des mittleren Dienstes	80,00
Buchstabe c	288,00	des gehobenen Dienstes	105,00
Nummer 6 a	120,00	des höheren Dienstes	130,00
Nummer 7		Nummer 9	
Die Zulage beträgt für die Beamten und Soldaten der Besoldungsgruppen	12,5 v. H. des Endgrundgehalts oder, bei festen Gehältern, des Grundgehalts der Besoldungs- gruppe *)	Die Zulage beträgt nach einer Dienstzeit	
A 1 bis A 5	A 5	von einem Jahr	60,00
A 6 bis A 9	A 9	von zwei Jahren	120,00
A 10 bis A 13	A 13	Nummer 10 Abs. 1	
A 14, A 15, B 1	A 15	Die Zulage beträgt nach einer Dienstzeit	
A 16, B 2 bis B 4	B 3	von einem Jahr	60,00
B 5 bis B 7	B 6	von zwei Jahren	120,00
B 8 bis B 10	B 9	Nummer 11	
B 11	B 11	$\frac{1}{12}$ des Grund- gehalts und des Ortszuschlags *)	
Nummer 8 Abs. 1		Nummer 12	90,00
Die Zulage beträgt für die Beamten der Besoldungsgruppen		Nummer 13 a	bis zu 150,00
A 1 bis A 5	200,00	Nummer 19 Satz 1	262,83
A 6 bis A 9	275,00	Nummer 23	
A 10 bis A 13	350,00	Absatz 1	87,00
A 14 und höher	425,00	Absatz 2	145,00

*) Nach Maßgabe des Artikels 1 § 5 des Haushaltsstrukturgesetzes

*) Nach Maßgabe des Artikels 1 § 5 des Haushaltsstrukturgesetzes

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Deutscher Mark, Vomhundert, Bruchteil
nach Absatz 3 Satz 2 ruhegehaltfähig bei Beamten	
des mittleren Dienstes	20,00
des gehobenen Dienstes	45,00
Nummer 24	
Absatz 1	
Die Zulage beträgt für Beamte	
des mittleren Dienstes / für Unteroffiziere	87,00
des gehobenen Dienstes / für Offiziere bis zur Besoldungsgruppe A 12	145,00
nach Absatz 2 ruhegehaltfähig bei Beamten	
des mittleren Dienstes / bei Unteroffizieren	67,00
des gehobenen Dienstes / bei Offizieren bis zur Besoldungsgruppe A 12	100,00
Nummer 25 Abs. 1	100,00
Nummer 26	
Absatz 1	
Die Zulage beträgt für Beamte	
des mittleren Dienstes	67,00
des gehobenen Dienstes	100,00
Absatz 2	
Die Zulage beträgt für Beamte	
des mittleren Dienstes	20,00
des gehobenen Dienstes	45,00
Nummer 27 Abs. 1 Buchstabe a	40,00
Buchstabe b	67,00
Buchstabe c	100,00
Buchstabe d	100,00
Nummer 30	145,00
nach Absatz 2 Satz 2 erster Halbsatz ruhegehaltfähig	45,00
Besoldungsgruppen	Fußnote
A 2	1
	2
A 3	1, 2
A 4	1, 2
A 5	3, 4
A 7	2
	3
A 8	2
	3

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Deutscher Mark, Vomhundert, Bruchteil
Besoldungsgruppen	Fußnote
A 9	2
	3, 4
A 12	7, 8
A 13	6
	7
A 14	5
A 15	7
B 9	3
B 10	1, 2
Bundesbesoldungsordnung C	
Vorbemerkungen	
Nummer 3	
Die Zulage beträgt	12,5 v. H. des Endgrundgehalts oder, bei festen Gehältern, des Grundgehalts der Besoldungsgruppe *)
für Professoren der Besoldungsgruppe C 2 und für Hochschulassistenten	A 15
für Professoren der Besoldungsgruppen C 3 und C 4	B 3
Nummer 5	
wenn ein Amt ausgeübt wird	
der Besoldungsgruppe R 1	402,00
der Besoldungsgruppe R 2	450,00
Bundesbesoldungsordnung R	
Vorbemerkungen	
Nummer 2	
Die Zulage beträgt	12,5 v. H. des Endgrundgehalts oder, bei festen Gehältern, des Grundgehalts der Besoldungsgruppe *)

*) Nach Maßgabe des Artikels 1 § 5 des Haushaltsstrukturgesetzes

Dem Grunde nach geregelt in		Betrag in Deutscher Mark, Vomhundert, Bruchteil
a) bei Verwendung bei obersten Gerichtshöfen des Bundes für die Richter und Staatsanwälte der Besoldungsgruppe(n)		
R 1	R 1	
R 2 bis R 4	R 3	
R 5 bis R 7	R 6	
R 8 bis R 10	R 9	
b) bei Verwendung bei obersten Bundesbehörden, der Hauptverwaltung der Deutschen Bundesbahn oder bei obersten Gerichtshöfen des Bundes, wenn ihnen kein Richteramt übertragen ist, für die Richter und Staatsanwälte der Besoldungsgruppe(n)		
R 1	A 15	
R 2 bis R 4	B 3	
R 5 bis R 7	B 6	
R 8 bis R 10	B 9	
Nummer 4		75,00
Besoldungsgruppen	Fußnote	
R 1	1, 2	217,97
R 2	3 bis 8, 10	217,97
R 3	3	217,97
R 8	2	435,90

Begründung

I. Allgemeines

Die Dienst- und Versorgungsbezüge sind zuletzt mit Wirkung vom 1. Juli 1983 durch das Gesetz über die Anpassung von Dienst- und Versorgungsbezügen in Bund und Ländern 1983 vom 20. Dezember 1982 (BGBl. I S. 1857, 1870) angepaßt worden.

Im Hinblick auf die Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse (vgl. § 14 BBesG/§ 70 BeamtVG) sieht der vorliegende Gesetzentwurf eine Anpassung der Besoldungs- und Versorgungsbezüge ab 1. Januar 1985 vor; der Geltungsbereich erstreckt sich auf Bund und Länder.

Die Anpassung umfaßt eine Einmalzahlung im Betrage bis zu 240 DM und vom 1. Januar 1985 an eine lineare Anhebung insbesondere der Grundgehälter, Amtszulagen, Zuschüsse zum Grundgehalt für Professoren an Hochschulen, Ortszuschläge und Anwärterbezüge.

Das Gesetz bedarf der Zustimmung des Bundesrates (Artikel 74a Abs. 2 GG).

Die Übernahme des Tarifiergebnisses im öffentlichen Dienst ändert nichts an der Eigenständigkeit der Beamtenbesoldung. Die Bundesregierung wird prüfen, ob und ggf. welche Verbesserungen struktureller Art erforderlich sind.

II. Zu den einzelnen Vorschriften

Zu Abschnitt I

1. Zu § 1

Die Grundgehaltssätze (Anlage IV des Bundesbesoldungsgesetzes) und Amtszulagen (aus Anlage IX a. a. O.) der Beamten, Richter und Soldaten sollen ab 1. Januar 1985 um 3,2 v. H. angehoben werden. Die maßgebenden neuen Grundgehaltssätze ergeben sich aus der Anlage 1 des Gesetzentwurfes. Die neuen Sätze der Amtszulagen sind aus der Anlage 6 des Gesetzentwurfes ersichtlich; die Sätze aller übrigen Zulagen in Anlage 6 werden nicht angepaßt.

Die in der Anlage V des Bundesbesoldungsgesetzes enthaltenen Sätze des Ortszuschlages sollen ebenfalls ab 1. Januar 1985 um 3,2 v. H. angehoben werden. Die neuen Sätze des Ortszuschlages ergeben sich aus der Anlage 2 des Gesetzentwurfes. Die Anwendung auf Versorgungsempfänger ergibt sich aus § 50 Abs. 1 des Beamtenversorgungsgesetzes.

Entsprechend der Anhebung der Grundgehaltssätze und der übrigen genannten Besoldungsbe-

standteile werden ferner die Sätze des Auslandszuschlages und Auslandskinderschulzuschlages (Anlagen 3 a bis 3 f des Gesetzentwurfes) sowie die Sätze der Zulage nach § 45 BBesG (Anlage 4 des Gesetzentwurfes) angepaßt.

In die allgemeine Besoldungsanpassung einbezogen werden auch die Anwärterbezüge (Anlage 5 des Gesetzentwurfes).

2. Zu § 2

Bei den in Absatz 1 genannten Besoldungsbestandteilen und bei weiteren fortgeltenden landesrechtlichen Vorschriften (Absatz 2) bedarf es einer Erstreckung der Anpassung auf diese Regelungen, wie sie den Anlagen 1 und 6 des Gesetzentwurfes zugrunde liegt. Miteinfaßt sind Rahmensätze, Höchstbeträge und Mittelbeträge oder entsprechende Begrenzungen in Regelungen für den Kommunalbereich.

In Absatz 3 werden die Berechnungs- und Rundungsgrundsätze für die in den Absätzen 1 und 2 getroffenen Regelungen festgelegt.

3. Zu § 3

Die Vorschrift enthält die Anpassung der Versorgungsbezüge entsprechend den Regelungen in den §§ 1 und 2 des Gesetzentwurfes.

Die unter Absatz 6 fallenden Versorgungsbezüge werden um den durchschnittlichen Hundertsatz der allgemeinen Erhöhung der Dienstbezüge angehoben.

Zu Abschnitt II

Die Empfänger von Dienstbezügen sollen eine die lineare Anpassung der Dienstbezüge ergänzende, für alle gleichhohe einmalige Zahlung erhalten. Eine gleichartige Zahlung erhalten die Empfänger tariflicher Bezüge. Den Empfängern von laufenden Versorgungsbezügen soll die einmalige Zahlung entsprechend den Grundsätzen des Versorgungsrechts anteilig gezahlt werden.

1. Zu § 4

Absatz 1 regelt den Empfängerkreis und die Voraussetzungen, unter denen eine einmalige Zahlung gewährt wird.

Absatz 2 regelt die entsprechende Geltung des Absatzes 1 für die Empfänger von Amtsbezügen oder Amtsgelalt.

2. Zu § 5

Absatz 1 regelt die Höhe der einmaligen Zahlung für die Empfänger von Dienst- oder Amtsbezügen oder Amtsgehalt sowie für Anwärter. Die Absätze 2 bis 4 betreffen die Höhe der einmaligen Zahlung für teilzeitbeschäftigte und beurlaubte Empfänger von Dienst- oder Amtsbezügen (Absätze 2 und 4) sowie für Beamte, die durch das Amt nicht voll in Anspruch genommen sind (Absatz 3).

Absatz 5 regelt die Anwendung der Vorschriften über den Kaufkraftausgleich auf die einmalige Zahlung.

Absatz 6 legt den Zeitpunkt fest, der maßgebend ist für die Beurteilung der Frage, ob ein Fall der Absätze 1 bis 5 vorliegt.

3. Zu § 6

Die Vorschrift regelt die anteilige Weitergabe der einmaligen Zahlung an Empfänger von laufenden Versorgungsbezügen. Maßgeblicher Ruhegehaltsatz im Sinne des Absatzes 1 ist bei Empfängern von Mindestversorgungsbezügen der jeweils maßgebliche Mindestruhegehaltssatz.

Für den in Absatz 1 Nr. 2 genannten Personenkreis mußte eine pauschalierende Regelung vorgesehen werden, da eine Anknüpfung an einen Ruhegehaltssatz hier nicht in Betracht kommt.

Absatz 2 regelt die entsprechende Geltung des Absatzes 1 Nr. 1 für Empfänger von laufenden Versorgungsbezügen, deren Berechnung Amtsbezüge oder Amtsgehalt zugrunde liegen. Er regelt außerdem den Anspruch auf die einmalige Zahlung für ehemalige Soldaten auf Zeit, die Ausgleichsbezüge nach § 11 a Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 SVG erhalten.

4. Zu § 7

Die Vorschrift enthält Konkurrenzvorschriften, durch die sichergestellt werden soll, daß die Zahlung jedem Berechtigten nur einmal gewährt wird (Absätze 1 bis 6). Ferner wird klargestellt, daß die einmalige Zahlung bei sonstigen Besoldungs- und Versorgungsleistungen unberücksichtigt bleibt, z. B. weder auf Ausgleichszulagen oder -beträge angerechnet wird noch in die Bemessungsgrundlage von z. B. Sterbegeld, Witwenabfindung eingeht (Absatz 7).

Zu Abschnitt III**1. Zu § 8**

Die Vorschrift enthält die übliche Berlin-Klausel.

2. Zu § 9

Die Vorschrift enthält den Zeitpunkt des Inkrafttretens des Gesetzes.

III. Kosten

Der Gesetzentwurf führt zu nachstehenden Mehrausgaben für die öffentlichen Haushalte.

1. Bundeshaushalt**1.1 Obergruppe 42**

Abschnitt I: Haushaltsbelastung 1985
422,8 Mio. DM

Abschnitt II: Einmalzahlung 89,8 Mio. DM

1.2 Obergruppe 43

Abschnitt I: Haushaltsbelastung 1985
265,1 Mio. DM

Abschnitt II: Einmalzahlung 43,2 Mio. DM

Der Finanzplan ist bei der Fortschreibung für 1985ff. anzupassen.

2. Auswirkungen auf andere öffentliche Haushalte (zum Teil geschätzt)

	Besol- dung	Versor- gung
	Millionen DM	
2.1 Deutsche Bundesbahn		
Abschnitt I: Haushaltsbelastung 1985	203,5	138,3
Abschnitt II: Einmalzahlung	42,7	36,5
2.2 Deutsche Bundespost		
Abschnitt I: Haushaltsbelastung 1985	315,8	90,3
Abschnitt II: Einmalzahlung	71,0	23,3
2.3 Länder und Stadtstaaten		
Abschnitt I: Haushaltsbelastung 1985	1 583,3	432,4
Abschnitt II: Einmalzahlung	231,7	56,9
2.4 Gemeinden und Gemeindeverbände (Gebietskörperschaften)		
Abschnitt I: Haushaltsbelastung 1985	210,8	103,0
Abschnitt II: Einmalzahlung	33,5	15,0
2.5 Sonstige (Sozialversicherungsträger usw. im Bundes- und Länderbereich)		
Abschnitt I: Haushaltsbelastung 1985	39,4	25,4
Abschnitt II: Einmalzahlung	7,0	4,2

Die Auswirkungen auf Einzelpreise und Preisniveau sind im voraus nicht quantifizierbar. Sie hängen weitgehend ab vom Verlauf der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage und insbesondere von der weiteren Entwicklung der öffentlichen Haushalte.

Zur Durchführung des Gesetzes wird zusätzliches Personal bei Bund, Ländern und Gemeinden nicht benötigt.